

Politischer Jahresbericht

## Zentraleuropa 2009



**Warschau**

**Zentraleuropa Büros Warschau / Prag / Kiew**

Von Agnieszka Rochon

März 2010

**Regionalprogramm: „Unser Neues Europa“**  
**Polen, Tschechien, Slowakei, Ukraine, Belarus**  
**Regionalbüro Warschau**  
**Länderbüro Prag**  
**Länderbüro Kiew**

## **Politische Entwicklungen –**

### **Beurteilung der politischen Rahmenbedingungen und Bericht über die herausragenden Ereignisse im Land bzw. in den Partnerländern**

#### **Polen**

Polen hat die globale **Wirtschaftskrise** 2009 vergleichsweise gut gemeistert. Das Kabinett des Ministerpräsidenten Tusk hat eine Reihe Maßnahmen zur Krisenbekämpfung eingeleitet, ohne dabei in den übertriebenen Staatsinterventionismus zu verfallen. Mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,4 Prozent hat Polen zum Ende des Jahres, als einziges EU-Land ein wirtschaftliches Wachstum verzeichnet. Dennoch waren die Folgen der globalen Krise auch in Polen spürbar. Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen, die Inflation hat angezogen und das Defizit im Staatshaushalt überschritt 2009 das Maastricht-Kriterium von 3 Prozent des BIP. Die Übernahme der Gemeinschaftswährung **EURO** wurde auf **2014** verschoben.

Im Juni 2009 wurde das **Strategiepapier „Polen 2030“** vorgestellt. Mit dem Papier versuchte die Regierung, eine Debatte über die langfristigen Entwicklungsperspektiven Polens zu entfachen und zugleich die globale Wirtschaftskrise als Anlass für die Modernisierung der polnischen Wirtschaft und Gesellschaft zu nutzen.

Trotz stagnierender Reformen, gescheiterter Privatisierung von zwei großen Werften und der „**Glücksspiellaffäre**“, der im Oktober die **Regierungsumbildung** folgte, waren 2009 die Umfragewerte für die regierende Bürgerplattform (PO) und die Zustimmung für den Ministerpräsidenten Tusk stabil und überraschend hoch. Anfang November wollten 38 Prozent der Befragten die Bürgerplattform wählen und nur 18 Prozent die oppositionelle Partei der Zwillingenbrüder Kaczynski PiS. In den Monaten zuvor erzielte die PO sogar 53 Prozent. Sollte der Regierungschefs Tusk bei der 2010 anstehenden Präsidentenwahl kandidieren, sind seine Chancen gegen den aktuellen Amtsinhaber Kaczynski zu gewinnen ebenfalls sehr hoch.

Der **Zweikampf** um das **Präsidentenamt** zwischen der regierenden Bürgerplattform und der Partei der Zwillingenbrüder Kaczynski begann bereits 2007, nachdem die PiS in Folge der vorgezogenen Neuwahlen, die Regierungsverantwortung verlor. 2009 blockierte der Präsident Kaczynski die zentralen Reformprojekte der Regierung – wie etwa die Reform des Gerichtswesens, die Rentenreform, oder Gesetze zur Sanierung des Gesundheitswesens - mit dem präsidentialen Veto. Damit versuchte Kaczynski die Unfähigkeit der Regierung nachzuweisen und die Chancen des voraussichtlichen Rivalen bei der Präsidentenwahl –Tusk – zu schmälern.

Auch die **Europawahl** am 7 Juni 2009 wurde als eine Art Generalprobe vor dem Kampf um das Präsidentenamt genutzt. Bei einer niedrigen Wahlbeteiligung von 24,53 Prozent siegte die regierende Bürgerplattform mit überwiegender Mehrheit von 44,43 Prozent, während die oppositionelle Recht und Gerechtigkeit mit 27,4 Prozent in das Europäische Parlament einzog. Die Demokratische Linksallianz (SLD) und die gemäßigte Bauernpartei PSL haben bei der Europawahl jeweils 12,34 und 7,1 Prozent erreicht. Keine der Parteien der außenparlamentarischen Opposition schaffte den Einzug in das Europäische Parlament. Die Wahlkoalition „**Verständigung für die Zukunft**“, an der sich neben der Soziodemokratie Polens (SdPI) und den Demokraten (Nachfolgepartei der Freiheitsunion) die **polnischen Grünen** (Zieloni 2004) beteiligten, hat lediglich **2,7 Prozent** erreicht.

Dem europaweiten Trend folgend, stärkt Polen vor allem die konservativen Kräfte des neuen Europaparlaments. Sowohl die 25 Mandate der PO, als auch die 3 PSL – Mandate (insgesamt 28 von 56 Mandate, die Polen zustehen) kommen der größten parlamentarischen Frak-

tion - der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) - zugute. Im Vergleich zu der Europawahl im Jahr 2004 ist die **neue Repräsentanz Polens im Europäischen Parlament** insgesamt **europafreundlicher**. Die Wahlsiegerin PO will sich für ein „starkes und offenes“ Europa einsetzen. In das Parlament wurden erfahrene Europapolitiker/innen - wie etwa die ehemalige Regionalkommissarin, Danuta Hübner oder Jerzy Buzek - gewählt, die einen konstruktiven Einsatz für die Lösung europapolitischer Fragen garantieren.

Auf der **EU - Ebene** hat das politische Gewicht Polens 2009 zugenommen: u.a. ist es Polen gelungen, wichtige Posten in den neuen EU – Institutionen zu besetzen. Jerzy Buzek wurde zum Präsidenten des neuen Europäischen Parlaments gewählt. In der neuen Kommission wurde der einflussreiche Posten des EU-Kommissars für Haushalt und Finanzplanung mit Janusz Lewandowski besetzt.

Darüber hinaus wurde das Projekt der **Östlichen Partnerschaft**, das Polen mit der Unterstützung Schwedens Mitte 2008 vorschlug, im Dezember 2008 von der EU - Kommission beschlossen und auf dem EU – Gipfel im Prag im Mai 2009 gegründet. Für die Weiterentwicklung der Initiative auf der EU – Ebene brauchte Polen starke Verbündete, und strebte in diesem Zusammenhang die **Zusammenarbeit mit Deutschland** an.

In diesem Kontext begrüßte Polen vor allem den Wechsel auf dem Amt des deutschen Außenministers, in Folge der Bundestagswahl im Herbst 2009. In der Antrittsrede benannte der neue Minister Westerwelle die Vertiefung der Beziehungen zu den mitteleuropäischen EU - Nachbarn als eine der wichtigen außenpolitischen Prioritäten Deutschlands und besuchte Warschau vor Paris und Moskau. Polen hofft auf die Annäherung in den strittigen Themen, wie etwa beim geplanten Bau der **Ostseepipeline** oder hinsichtlich der Mitgliedschaft **Erika Steinbachs** im Stiftungsrat des Zentrums gegen Vertreibungen. Auch die Rede von Angela Merkel während der Gedenkfeier zum siebzigsten Jahrestag des Kriegsausbruchs am 1. September, in der die Kanzlerin die Verantwortung Deutschlands für den Krieg, seine Opfer und Folgen für die europäischen Länder und Europa insgesamt betonte, trug zur **Verbesserung des Klimas in den polnisch- deutschen Beziehungen** bei.

2009 zeichneten sich auch im angespannten **Verhältnis** zwischen **Polen** und **Russland positive Tendenzen** ab. Am siebzigsten Jahrestag des Kriegsbeginns wurde der russische Ministerpräsident Putin auf die Danziger Westplatte eingeladen und nahm an der Gedenkfeier teil. In einem Beitrag, den er aus diesem Anlass für die Gazeta Wyborcza schrieb, verurteilte Putin den **Hitler – Stalin - Pakt** als „unmoralisch“ und bekannte die sowjetische Schuld an dem Massenmord von ca. 15.000 polnischen Offizieren in **Katyn**. Bislang waren dies die Streitfragen zwischen Russland und Polen. Die Einigung wurde im Rahmen der Beratungen der Polnisch – Russischer Kommission für schwierige Angelegenheiten im Sommer 2009 erreicht. Ende 2009 wurde über eine gemeinsame Reise der Ministerpräsidenten Putin und Tusk im Frühling 2010 nach Katyn verhandelt.

Nach der Regierungsübernahme durch die Bürgerplattform wurden die außenpolitischen Prioritäten Polens zum Teil neu definiert. Die aktuelle Regierung baut die nationale Sicherheitsstrategie nicht – wie ihre Vorgängerinnen - ausschließlich auf eine tiefe US – Verbundenheit auf und ist in der Gestaltung der Beziehungen zu den USA pragmatischer. Polen bedauerte den Verzicht der US – Regierung auf den Bau eines **Raketenabwehrsystems** in Mitteleuropa und sah dies vor allem als Signal dafür, dass die Gewichtung der Region unter der neuen US-Administration abnahm. Zugleich wurde weniger die Entscheidung selbst und vielmehr die Mitteilungsform kritisiert. Über dem Rückzug informierte der Präsident Obama seine Amtskollegen gegen Mitternacht europäischer Zeit, während amerikanische Medien bereits über den Kurswechsel berichteten. Während seines Besuches in Europa im Oktober 2009 bot der US - Vizepräsident Biden Polen und Tschechien - als eine Art Entschädigung die **Stationierung von mobilen Abfangraketen des Typs SM-3** an. Die polnische Regierung zeigte sich an dem „abgespeckten“ Projekt interessiert.

## **Tschechien**

Am 1. Januar 2009 übernahm Tschechien die **EU-Ratspräsidentschaft**. Die Regierungskoalition aus ODS (konservative Demokratische Bürgerpartei), KDU-ČSL (Christdemokraten) und SZ (Partei der Grünen) war bei der Übernahme der Präsidentschaft instabil. Mitte Januar gab Premier Mirek Topolánek personelle Veränderungen im Kabinett bekannt: Vier Ministe-

rinnen und Minister wurden am 23. Januar ausgewechselt. Die **innenpolitischen Probleme** des Landes überschatteten die EU-Ratspräsidentschaft. Am 24. März 2009 wurde der tschechischen Regierung das Misstrauen ausgesprochen. Für den in dieser Legislaturperiode fünften Antrag der oppositionellen Sozialdemokraten (ČSSD) stimmten 101 Abgeordnete, dagegen 96. Der Sturz der Regierung war Resultat eines politischen Tauziehens, eines Kampfes um Macht und Einfluss, der die politische Entwicklung des Landes seit Jahren lähmt. Nach den Wahlen im Juni 2006 kam es im tschechischen Abgeordnetenhaus zu einer Pattsituation, die seitdem jede Abstimmung im Abgeordnetenhaus zu einem Härte-test für die Regierung werden ließ. Die gestürzte Regierung hatte nur 100 der 200 Mandate inne und überstand die Vertrauensfrage Anfang 2007 aufgrund der Stimmen von zwei oppositionellen sozialdemokratischen Abgeordneten, die daraufhin aus der Fraktion und Partei ausgeschlossen wurden. Es ging beim Regieren seit 2007 darum, wie man oppositionelle Abgeordnete davon überzeugen kann, für die Regierungskoalition zu stimmen, ohne dabei die Abgeordneten aus den eigenen Reihen zu verlieren. Die Opposition unterließ keinen Versuch, die Regierung zu stürzen ohne dabei selbst in der Lage zu sein, eine Mehrheit für eine andere Regierung hinter sich zu vereinen. Vier Abgeordnete der Koalition stimmten im März gegen die Regierung: Zwei Abgeordnete der ODS und zwei Abgeordnete, die ursprünglich für die Grünen ins Parlament gewählt und Anfang März nach langen parteiinternen Konflikten aus der SZ ausgeschlossen wurden. Schon im November 2008 traten diese grünen Abgeordnete aus der Fraktion aus, stimmten gegen Vorlagen der Regierung und versuchten, an den Gremien der SZ vorbei ihre eigene Politik zu machen.

Anfang Mai übernahm nach einer Einigung der Koalitionspartner mit der ČSSD eine **Übergangsregierung** ohne politisches Mandat unter Premier Jan Fischer die Regierung (parteilos, ehemaliger Leiter des tschechischen Statistikamtes). Es sah zuerst danach aus, dass im Oktober 2009 vorgezogene Neuwahlen stattfinden würden. Aufgrund einer Klage eines Abgeordneten gegen die vorgezogenen Neuwahlen, die er mit der Begründung vorlegte, dass er sein Recht auf eine vierjährige Amtszeit verletzt sehe, mussten die Parteien ihren Wahlkampf allerdings unterbrechen. Das Verfassungsgericht gab im September bekannt, dass die Ausrufung der Neuwahlen durch den Präsidenten ungültig sei. Die nächsten Wahlen finden nach Ende der Legislaturperiode im Mai 2010 statt.

Die Regierung wurde kurz vor dem Prag-Besuch Barack Obamas gestürzt (April). Im Mittelpunkt der **Europa-Rede Obamas** stand die „Zukunft von Atomwaffen im 21. Jahrhundert“. Obama äußerte sich auch zum geplanten **Raketenabwehrsystem** in Mitteleuropa. Die Pläne für ein „kosteneffektives und bewährtes“ Raketenabwehrsystem würden so lange Bestand haben, wie eine Sicherheitsgefahr aus dem Iran bestehe. Obama glaube an den Dialog und wolle daher auch einen sicherheitspolitischen Dialog mit dem Iran führen. Damit blieb die Frage, ob es zur Stationierung des Raketenabwehrsystems in Tschechien kommen wird, vorerst ungeklärt. Im September gab Obama bekannt, dass das Raketenabwehrsystem in modifizierter Form realisiert werden solle. US-Vizepräsident Joe Biden besuchte im Oktober Polen und Tschechien, um diesen Ländern die Mitarbeit an dem neuen Rüstungsprojekt anzubieten. Premier Fischer gab bekannt, dass Tschechien bereit sei, an einer neuen Raketenabwehr-Architektur, die Teil einer NATO-Strategie werde, mitzuwirken.

Ins **Europäische Parlament (EP)** zogen nach den Wahlen im Juni insgesamt vier tschechische Parteien ein: die ODS (9 Mandate), die Sozialdemokraten (ČSSD, 7), die Kommunistische Partei (KSČM, 4) sowie die Christdemokraten (KDU-ČSL, 2). Die Wahlbeteiligung betrug – vergleichbar mit 2004 – 28,22%. Der im März gestürzte Premier und Parteivorsitzende der ODS Mirek Topolánek ging mit 9% Vorsprung vor der ČSSD als Wahlsieger hervor. Die ODS gründete gemeinsam mit den britischen Konservativen und der polnischen PiS eine neue konservative Fraktion, die „Europäischen Konservativen und Reformisten“ (ECR). Die Sozialdemokraten gewannen im Vergleich zu den EP-Wahlen 2004 fünf Sitze dazu. Die SZ erhielt nur 2,06 Prozent der Stimmen und landete damit auf dem 9. Platz aller kandidierenden Parteien.

Die **Grünen** hat die Regierungsbeteiligung viel Kraft und Energie gekostet. 2006 zum ersten Mal ins Abgeordnetenhaus gewählt, übernahmen sie nach sieben Monaten harter Verhandlungen Regierungsverantwortung. Die vier von der SZ gestellten Minister (Außen-, Umwelt-, Bildungsminister sowie Minister für Menschenrechte und Minderheiten) leisteten auch nach

Einschätzung vieler NGOs gute Arbeit. Die Grünen vermochten es aber nicht, die Impulse, die sie politisch gaben, und ihre Erfolge so zu kommunizieren, dass diese von einer breiten Öffentlichkeit wahrgenommen wurden. Nach monatelangen Konflikten im Vorstand und der Fraktion, die auch in den Medien ausgetragen wurden, entschieden sich die Gremien der Partei zu einem radikalen Schritt: Sie schlossen Anfang März vier Mitglieder aus der Partei aus. Die vorangegangenen parteiinternen Konflikte nahmen wenig Bezug auf eine inhaltliche Auseinandersetzung über grüne Prioritäten. Es ging vielmehr um Rivalitäten innerhalb der Partei, die ein konstruktives Mitregieren erschwerten und dem Image der Grünen als neue politische Kraft sehr schaden. Nach dem schlechten Wahlergebnis der Grünen bei den EP-Wahlen trat Martin Bursík als Parteivorsitzender zurück. Ondřej Liška übernahm den Vorsitz und wurde auf dem Parteitag Anfang Dezember 2009 zum Parteivorsitzenden gewählt. Ob die tschechischen Grünen bei den Wahlen im Mai 2010 die Fünfprozenthürde überspringen werden, ist derzeit ungewiss.

Die **globale Finanz- und Wirtschaftskrise** wirkt sich auf die 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich aus. Es gibt Staaten, die aufgrund der jahrelang versäumten Reformen stark betroffen sind (z.B. Ungarn) und andere, die die Krise aufgrund der starken Abhängigkeit von ausländischen Investitionen und Exporten zu spüren bekommen (z.B. Tschechien und die Slowakei, deren Wirtschaft stark von der Lage der deutschen Wirtschaft abhängt). Für Aufregung sorgte in Tschechien und der Slowakei die Kritik Sarkozys, dass die französische Automobilindustrie Autos für den französischen Markt im Ausland produziere und dadurch Arbeitsplätze ins Ausland verlagere. Medien und Politiker interpretierten diese Kritik als Forderung Sarkozys, Peugeot und Citroen sollten die Produktion in Tschechien und der Slowakei einstellen. Die 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten warnen vor protektionistischen Tendenzen. Viele mittel- und osteuropäischer Politiker sehen in der Liberalisierung bzw. Deregulierung des europäischen Binnenmarktes die einzige Lösung, die EU wirtschaftlich zu stärken. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass dieselben Stimmen, die oft betonen, die EU bedrohe die nationale Souveränität der einzelnen Mitgliedstaaten, im Kontext der Krise eine konsistente, kohärente und solidarische EU fordern. Besorgniserregend ist in Tschechien das steigende Staatshaushaltsdefizit (in 2009 nach Schätzungen des Finanzministeriums ca. 6,6% des BIP). Auch die Arbeitslosigkeit ist in 2009 im Vergleich zu 2008 stark gestiegen. Ende 2009 betrug sie 9,2%.

### **Slowakei**

In 2009 fanden in der Slowakei neben den Wahlen zum Europäischen Parlament die Präsidentschaftswahlen und Regionalwahlen statt.

Anfang April setzte sich **Präsident Gašparovič bei der Stichwahl** gegen seine Herausforderin, die Soziologin Iveta Radičová, durch. Bei den Direktwahlen hatten 55,53% der Wählerinnen und Wähler für Gašparovič gestimmt. Iveta Radičová, die gemeinsame Kandidatin der drei christlich-demokratischen Oppositionsparteien SDKÚ-DS, KDH und SMK (Partei der ungarischen Koalition), erhielt 44,46%. Auffallend war während des Wahlkampfes, dass Gašparovič sich nicht von den aggressiven Attacken der SNS gegen die ungarische Minderheit distanzierte. Eine für Gašparovič arbeitende PR-Agentur hatte Radičová unterstellt, sie fordere Autonomie für die ungarische Minderheit. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Robert Fico (Smer-SD) unterstützte Gašparovič und wurde dafür stark kritisiert. Die Tageszeitung Sme betonte, dass ein Gewinner jeder Wahl auch so gewinnen müsse, dass dabei die Demokratie nicht zum Verlierer werde.

Bei den **EP-Wahlen** erzielten die Oppositionsparteien SDKÚ-DS (16,98%), SMK (11,33%) und KDH (10,87%) für die Fraktion EPP-ED 6 der insgesamt 13 slowakischen Mandate. Die stärkste Regierungspartei Smer-SD erhielt 5 Mandate, die Koalitionspartner, die nationalistische SNS und LS-HZDS (Bewegung für eine demokratische Slowakei) unter Parteivorsitzendem Mečiar, erhielten jeweils ein Mandat. Die slowakischen Grünen (SZ) blieben mit 2,6% unter der Fünf-Prozent-Hürde. Die Wahlbeteiligung fiel mit 19,63% sehr gering aus und war EU-weit die niedrigste. 2004 war die Wahlbeteiligung mit weniger als 17% allerdings noch niedriger.

Im November 2009 fanden außerdem die **Regionalwahlen** statt. Auch hier war die Wahlbeteiligung sehr gering (in der ersten Runde 22,9%, in der zweiten 18,4%). Die Smer-SD ver-

einte 135 der insgesamt 408 Mandate auf sich (2005: 70), die insgesamt 7 Oppositionsparteien 155 Mandate (2005: 206). Die LS-HZDS erhielt 40 Mandate (2005: 48), die SNS 9 (2005: 14). In Bratislava erhielt die SZ ein Mandat. Die niedrige Wahlbeteiligung ist im Hinblick auf die Tatsache überraschend, dass die Regionen nach der Reform der öffentlichen Verwaltung und durch den EU-Beitritt starke Entscheidungskompetenzen haben und Finanzmittel aus eigenen Einnahmen und EU-Fonds verfügen.

Die **ungarisch-slowakischen Beziehungen** verschlechterten sich in 2009 zunehmend. Anlass war zum einen das in der Slowakei verabschiedete neue Sprachengesetz. Die in der Slowakei lebende ungarische Minderheit fühlt sich durch dieses Gesetz benachteiligt, weil sie in den Behörden gezwungen werden, Slowakisch zu sprechen. Im August eskalierte der slowakisch-ungarische Nachbarschaftskonflikt. Die slowakische Regierung verbot dem ungarischen Präsidenten László Sólyom wegen eines angeblichen „Sicherheitsrisikos“ die Einreise. Sólyom wollte an der Enthüllung eines Denkmals für Ungarns Staatsgründer und Nationalheiligen König Stephan I. in der Grenzstadt Kamárno, dem Zentrum der ungarischen Minderheit, teilnehmen. In den slowakischen Medien betonten einige Kommentatoren, dass die slowakische Regierung unsouverän mit den Provokationen seitens Ungarns umgehe. Auch in Ungarn ist eine Radikalisierung der politischen Szene zu beobachten. Die rechtsextreme Partei Jobbik zog mit 3 Mandaten (14,8%) erstmals ins EP ein. Viktor Orban (Parteivorsitzender der oppositionellen Fidesz) wird nach Einschätzung vieler Politologinnen und Politologen im Vorfeld der Nationalwahlen im Mai 2010 das erneut hervorgeholte Thema der doppelten Staatsbürgerschaft für Auslandsungarn für einen Wahlsieg nutzen.

## **Ukraine**

Das politische Jahr 2009 fing schon traditionell mit einem ukrainisch-russischen Gasstreit an, den auch einige EU-Länder (Slowakei, Bulgarien) zu spüren bekommen haben. Der Gasstreit endete nach Verhandlungen zwischen den beiden PremierministerInnen Putin und Tymoschenko, die ganz schnell eine gemeinsame Sprache gefunden haben. Am 19.01. wurde ein neues Gasabkommen zwischen Gazprom und Naftogas abgeschlossen, das keinen Zwischenhändler mehr vorsieht, das 10 Jahre Laufzeit hat und das die Bildung des Gaspreises für die Ukraine nach einer nicht öffentlichen Formel beinhaltet. Tymoschenko berichtete stolz der Öffentlichkeit, es sei ein sehr günstiger Gasliefervertrag für die Ukraine, doch Experten waren nicht der Meinung, da ein Basisgaspreis für die Ukraine in Höhe von 450 USD für Tausend Kubikmeter festgelegt wurde.

Die erste Jahreshälfte 2009 zeichnete sich durch permanente Blockade im Parlament, end- und sinnlose Kämpfe zwischen Premierministerin Tymoschenko und Präsident Juschtschenko und einer hohen inneren Instabilität in der Ukraine aus. Vor diesem Hintergrund unternahm die Partei der Regionen (PdR) und der Block Julia Tymoschenko (BJuT) einige Versuche, eine große Koalition im Parlament zu bilden, die Verfassung zu ändern und die Präsidentschaftswahl 2010 zu einer Formalität zu machen. Aber jedes Mal sind die Verhandlungen zwischen Tymoschenko und Janukowytsch gescheitert. Der letzte Versuch wurde von PdR und BJuT im Mai-Juni unternommen, am 07.06, kurz bevor ein Koalitionsvertrag unterschrieben werden sollte, verkündete Oppositionsführer Janukowytsch, dass er doch nicht mit BJuT koalieren möchte, weil er der Meinung ist, dass der Präsident der Ukraine nicht im Parlament sondern direkt vom Volk gewählt werden sollte.

Die Koalition im Parlament zwischen BJuT, dem Block Lytwyn und „Unsere Ukraine“, die eigentlich keine tatsächliche Mehrheit hatte, wurde im Laufe des Jahres immer schwächer. Zum Jahresende 2009 fehlten im Kabinett Tymoschenko fünf Minister (Pinsenyk, Jechanurow, Ohrysko, Winsky, Luzenko), die durch ein Misstrauensvotum im Parlament nach und nach entlassen wurden.

Auch die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise waren 2009 immer noch sehr zu spüren, obwohl sich die Lage auf einem ziemlich niedrigen Niveau (BIP-Rückgang um 15%) stabilisiert hat. Nicht zuletzt war diese wirtschaftliche Stabilisierung dank des IMF Standby-Kredites möglich: im Mai und August hat die Ukraine insgesamt knapp 6 Mrd. USD vom IMF bekommen. Im November sagte der IMF die vierte Kreditrate für die Ukraine ab, da zu dem Zeitpunkt kein Haushaltsgesetz für 2010 beschlossen worden war und weil eine große Gefahr bestand, dass diese IMF-Mittel für die Wahlkampffinanzierung verwendet werden.

Die Herbstsaison in der ukrainischen Politik wurde in erster Linie durch den Präsidentschaftswahlkampf 2010 und die damit verbundenen lauten Skandale (wie den Losinssky-Fall, den Pädophilie-Skandal, die Schweinegrippe-Epidemie) geprägt. Der Wahlkampf 2010 war leider absolut inhaltslos, ideenarm und unspektakulär. Sowohl TopkandidatInnen als auch kleine KandidatInnen versuchten wichtige Themen und inhaltliche Auseinandersetzungen mit akuten Problemen im Lande zu meiden, und versuchten WählerInnen auf der emotionalen Ebene anzusprechen sowie politische Klischees aus dem Jahr 2004 (wie die Ost-West-Teilung der Ukraine) zu bestätigen.

Es ist im Endeffekt nur dem drittplatzierten Serhij Tihipko gelungen, beide Teile der Ukraine gleichermaßen anzusprechen (10-15% in allen Oblasten). Wie auch zu erwarten war, qualifizierten sich Tymoschenko und Janukowytsch im ersten Wahlgang für die Stichwahl, die Janukowytsch knapp (mit 3,5% Vorsprung) gewonnen hat. Präsident Juschtschenko schied mit einem niedrigen Wahlergebnis (5,45%) in der ersten Runde aus. Die Präsidentschaftswahl 2010 fand demokratisch, fair und transparent statt, was die OSZE-Beobachtermission in der Ukraine bestätigte und sehr lobte. Trotzdem focht Tymoschenko das Wahlergebnis vor Gericht an und verlor den Prozess im Februar 2010.

Außenpolitisch ist das Jahr 2009 für die Ukraine eher durch Stillstand in allen Bereichen gekennzeichnet. Die ukrainische Regierung führte das ganze Jahr lang Verhandlungen mit der EU über das neue Assoziierungsabkommen einschließlich der EU-Ukraine-Freihandelszone (FHZ). Dabei wurden die Verhandlungen über den politischen Teil des neuen Abkommens zum Dezember grundsätzlich abgeschlossen, doch die Verhandlungen zur FHZ werden offensichtlich noch mehrere Monate dauern.

Am 23.03 wurde in Brüssel eine gemeinsame EU-Ukraine-Deklaration über die Modernisierung des ukrainischen Gastransitsystems mit EU-Beteiligung und unter Ausschluss Russlands unterzeichnet. Die Bestimmungen der Deklaration wurden von der Ukraine bis jetzt nicht umgesetzt und damit ist die Brüssler-Deklaration nicht mehr wirklich relevant.

Die ukrainisch-russischen Beziehungen waren 2009 sehr angespannt, da die politische Führung Russlands Präsident Juschtschenko dauerhaft ignorierte und praktisch zu einer Persona non grata erklärt hatte. Der Tiefpunkt in den ukrainisch-russischen Beziehungen wurde im August erreicht, als Präsident Medwedew einen offenen Brief an Präsident Juschtschenko im Internet veröffentlichte, wo er Juschtschenko für die drastische Verschlechterung der bilateralen Beziehungen zwischen den zwei „Brudervölkern“ verantwortlich machte.

## **Belarus**

Der Gaskrieg zum Jahreswechsel 2006/2007 markierte den Beginn der **Abkühlung des Verhältnisses** zwischen **Belarus** und seinem engsten Verbündeten **Russland**. In den Folgejahren baute Russland die Subventionen für die Energielieferungen nach Belarus schrittweise ab und setzte die relativ stabile belarussische Wirtschaft unter Druck. Aufgrund der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise und der einseitigen Ausrichtung der belarussischen Exporte auf den schrumpfenden russischen Absatzmarkt, verschlechterte sich gegen Ende des Jahres 2008 rapide die wirtschaftliche Lage in Belarus.

Vor dem Hintergrund der **dramatischen Wirtschaftslage** wurde seit Januar 2009 der Kredit des **Internationalen Währungsfonds** (IWF) in Höhe von 3,6 Mrd. USD, in mehreren Tranchen nach Belarus überwiesen. Die **Kreditzahlungen** wurden an tatsächlich **umgesetzte Reformschritte** geknüpft. In diesem Zusammenhang kam es Anfang 2009 zu einer Entwertung des belarussischen Rubel um 20 Prozent. Gleichzeitig kam es zu einer Öffnung des Wechselkurses, zur Abschaffung der staatlichen Einzelhandel-Preisbindung und zur Gründung einer Privatisierungsagentur für Staatsbetriebe.

Die Verschlechterung der Wirtschaftslage war auch der Grund dafür, dass der autoritäre Präsident Lukaschenko die Annäherung an die EU suchte und bereit war, seine Regime-Herrschaft im Land abzumildern. Im Vorfeld der **Aufhebung der Isolation** in den Beziehungen zwischen Belarus und der EU im Oktober 2008 stand die Freilassung politischer Gefangener im Sommer. Die Parlamentswahlen im Herbst 2008 wurden trotz alledem von der OSZE als weder fair noch frei bewertet.

Die Auswertung der demokratischen Fortschritte in Belarus im Jahr 2009 ist insgesamt wenig befriedigend. Seit der erneuten Sanktionsaussetzung im März 2009 und der **Aufnahme von**

**Belarus in die Östliche Partnerschaft** Anfang Mai hat es in Belarus kaum Demokratisierungsfortschritte gegeben. Die Liberalisierung im Bereich der **Medienfreiheit** ist äußerst gering: zwei regime-kritische Tageszeitungen wurden zugelassen, weitere 13 Zeitungen erhielten die Zulassung nicht. „Häppchenweise“ und willkürlich erfolgte 2009 die **Registrierung von Parteien, Bürgerinitiativen und NGOs**. Die Bürgerbewegung des ehemaligen oppositionellen Präsidentschaftskandidaten, Milinkewitsch wurde registriert, während die Behörden die Registrierung der Menschenrechtsorganisation „Nascha Wjesna“ (Unser Frühling), der Christlich-Demokratischen Partei sowie weiterer Parteien verweigerten.

Im Januar 2009 wurden drei Unternehmer aus der Region Grodno, die sich zuvor aktiv an Protesten der Kleinunternehmer beteiligt hatten, unter **fadenscheinigen Anschuldigungen verhaftet**. Nach monatelanger Untersuchungshaft und Hungerstreik eines der Verhafteten wurde im Juli 2009 das Verfahren eröffnet. Die darauf folgenden **Prozesse** werteten die Menschenrechtsorganisation „Nascha Wjesna“ und das Belarus Helsinki Komitee als **politisch motiviert**. Im Oktober 2009 wurde auch ein ehemaliger unabhängiger Kandidat der Parlamentswahlen im Herbst 2008 – Andree Bandarenko - wegen angeblicher Wirtschaftsdelikte verhaftet und zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Auch dieser Prozess ist als fadenscheinig und offensichtlich politisch zu bewerten. Gegen Ende 2009 standen auch ca. 11 Jugendaktivisten wegen der Teilnahme an einer friedlichen Demonstration im Januar 2008 immer noch unter Hausarrest.

Die Umsetzung der Vorschläge der OSZE zu einer **Änderung der Wahlgesetzgebung** wurde angekündigt. Allerdings geschah dies erst wenige Tage vor der anstehenden Sanktionsentscheidung der EU Mitte November und nach einer deutlichen Kritik des Büros für Demokratie und Menschenrechte der OSZE (ODIHR). Die Arbeitsgruppe aus ODIHR und Regimevertretern hatte seit Mai 2009 nicht mehr getagt.

Bei vielen **Oppositionellen** in Belarus stieß die **Änderung der EU – Strategie** gegenüber dem Lukaschenko– Regime zum Teil auf **Unverständnis**. Befürchtet wurde, die EU könne ihre Forderungen nach Demokratie und Menschenrechten in Belarus hinter geopolitische Interessen, die mit dem Georgienkrieg im August 2008 an Aktualität und Gewicht gewonnen hätten, zurückstellen. Zudem ist der Platz der belarussischen Opposition im Rahmen der ÖP nicht klar. Seit der Eröffnung des EU - Dialogs für die Minsker Führung ist sie als politischer Ansprechpartner weniger wichtig als zuvor. Das **Zivilgesellschaftliche Forum**, das im November 2008 in Brüssel tagte, sei wiederum den NGOs vorbehalten. In diesem Zusammenhang forderte die belarussische Opposition die Teilnahme an den interparlamentarischen Treffen zwischen dem Europäischen Parlament und den Parlamenten der ÖP - Länder im Rahmen von EURONEST.

## **Europäische Integration, Demokratie in Europa**

### **Tschechische EU-Ratspräsidentschaft**

Die drei Prioritäten der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft waren: **Wirtschaft, Energie** und die **Europäische Union in der Welt**. Das Motto lautete „Europa ohne Barrieren“, die tschechische Regierung wollte sich für ein Europa ohne wirtschaftliche und kulturelle Barrieren einsetzen. An erster Stelle des Arbeitsprogramms der Ratspräsidentschaft wurden die **Verhandlungen über die Zukunft des Vertrags von Lissabon** genannt. Die **Westbalkanpolitik** im Kontext der EU-Erweiterung war während der Ratspräsidentschaft ebenfalls von zentraler Bedeutung. Zu den außenpolitischen Schwerpunkten der Ratspräsidentschaft gehörten die östliche Dimension der Europäischen Nachbarschaftspolitik („**Östliche Partnerschaft**“), die **EU-Russland-Beziehungen** nach dem russisch-georgischen Konflikt, die **transatlantischen Beziehungen** unter der neuen US-Administration sowie die **Nahostpolitik der EU**. Hinzu kamen die Auswirkungen der globalen **Finanzkrise**. Im Vorfeld des **UN-Klimagipfels 2009** in Kopenhagen spielte das tschechische Umweltministerium bei den Zwischenverhandlungen eine zentrale Rolle.

Aus politischer Sicht wurde die Ratspräsidentschaft durch das erfolgreiche Misstrauensvotum geschwächt. Auch wenn die Tschechische Republik die Ratspräsidentschaft administrativ zufriedenstellend abschließen konnte, wirkte sich der Regierungssturz negativ auf die politische Aussagekraft der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft aus. Als **Erfolg des EU-Gipfels im Juni** bewertete die tschechische Übergangsregierung die Tatsache, dass man

sich auf **Garantien für Irland** einigen konnte, die ein **erneutes Abstimmen über den Vertrag** von Lissabon möglich machten. Auch in Bezug auf die Regulierung der Finanzmärkte habe man durch Entscheidungen, die die **Bildung eines neuen Finanzaufsichtssystems** zum Ziel haben, eine politische Einigung erzielt. Zu den erfolgreichen Schlussfolgerungen des Gipfels zähle außerdem die Bereitschaft der EU, einen gegenüber den Entwicklungsländern fairen Anteil an der **Beisteuerung von Finanzmitteln zur Umsetzung des weltweiten Klimaschutzes** zu leisten. Im Mai 2009 fand in Prag der **Gründungsgipfel der „Östlichen Partnerschaft“** statt, eine Initiative, die die wirtschaftliche Modernisierung und Demokratisierung der östlichen EU-Nachbarstaaten (u.a. der Ukraine und Belarus) unterstützen soll. Dies bewerten vor allem die 2004 beigetretenen EU-Mitgliedstaaten, die sich auf EU-Ebene für die Interessen der östlichen EU-Nachbarstaaten engagieren, als Erfolg.

Anfang Juni fanden die **EP-Wahlen** (siehe auch oben) statt. Die Wahlbeteiligung in den MOE – Länder war mit 24,53 Prozent in Polen, 28,22 Prozent in Tschechien und 19 Prozent in der Slowakei niedrig und fügte sich in den europaweiten Trend ein. Im Gegensatz zu Ungarn, Belgien, Holland oder Österreich haben die WählerInnen in Polen und Tschechien keine rechtsradikalen Parteien ins EP gewählt. In der Slowakei erhielten die nationalistische SNS und LS-HZDS<sup>1</sup> unter dem Parteivorsitzendem Mečiar, jeweils ein Mandat der insgesamt 13 slowakischen Mandate. Die Ergebnisse der EP-Wahlen 2009 haben die Schwäche der **grünen Parteien in MOE** bestätigt. In keinem der Länder übersprang eine grüne Partei die Fünf-Prozent-Hürde. Die Arbeit des neuen Parlaments unter dem Vorsitz des polnischen Abgeordneten Jerzy Buzek, der am 14. Juli 2009 auf dem Amt für die kommenden zwei Jahre bestätigt wurde, hat nach der Sommerpause begonnen. Bis Ende des Jahres wurden die Verhandlungen über die neue EU - Kommission im Wesentlichen abgeschlossen. Einige der wichtigen Posten wurden den Politiker/innen aus den mitteleuropäischen Ländern vorgeschlagen. Der polnische MdEP Janusz Lewandowski soll künftig die Kommission für die Finanzplanung und den Haushalt leiten. Štefan Füle aus Tschechien wird voraussichtlich für die Erweiterungsfragen und Europäische Nachbarschaftspolitik zuständig sein. Die Bestätigung der Kommission durch das Europäische Parlament steht für den Anfang des kommenden Jahres an.

Mit dem irischen „Ja“ zum **Lissabonner Vertrag** im Oktober 2009 wurde die Ratifizierung des Grundsatzvertrages wieder aufgenommen. Polen und Tschechien waren die letzten der 27 EU – Staaten, in denen die Ratifizierung des Vertrages noch nicht vollzogen war. Trotz der Zustimmung der Parlamente weigerten sich die euroskeptischen Präsidenten Kaczyński und Klaus die Ratifizierungsurkunde zu unterzeichnen.

Das irische „Ja“ hat Kaczyński vor ein Problem gestellt. Im Vorfeld der Präsidentenwahl, die 2010 stattfindet, ist für ihn auch die EU – Politik Polens eine Bühne, auf der er um Stimmen wirbt. Die Unterzeichnung der Ratifizierungsurkunde - ohne Protest und Zögern - hätte ihn die Stimmen der um das Radio Maryja gescharten Wählerschaft gekostet, die bekanntlich europaskeptisch bis – feindlich ist. Dennoch hat er auch mehrmals versprochen, die Ratifizierungsurkunde zu unterschreiben, falls Irland dem Verfassungsvertrag zustimmt. Darüber hinaus steht die Mehrheit der polnischen Bürger/innen dem Verfassungsvertrag positiv gegenüber. Das weiß Kaczyński, der vorhat, für das Präsidentenamt in der nächsten Legislaturperiode zu kandidieren. Daher hat er - nach einigem Zögern - die Ratifizierungsurkunde unterschrieben. In der Ansprache während des Festaktes am 10. Oktober, lobte Kaczyński überraschenderweise den Reformvertrag als „Änderung der Qualität der EU“ und signalisierte, dass er auf eine engere Zusammenarbeit mit der Europäischen Union hoffe, betonte dennoch zugleich, dass auch nach dem Inkrafttreten des Vertrags, **die Europäische Union „ein Verbund souveräner Nationalstaaten“ bleiben werde.**

Kurz vor dem irischen Referendum legte in Tschechien eine Gruppe von ODS-Senatoren dem Verfassungsgericht eine Beschwerde gegen den Reformvertrag vor. Einen Teil des Vertrags hatten ODS-Senatoren schon 2008 prüfen lassen. Das Verfassungsgericht kam damals zu dem Schluss, dass die geprüften Teile im Einklang mit der tschechischen Verfassung stehen. Unabhängig von dem ausstehenden Urteil des tschechischen Verfassungsgerichts gab Staatspräsident Václav Klaus bekannt, dass er eine Ergänzung der Grundrechte-

---

<sup>1</sup> Bewegung für eine demokratische Slowakei.

Charta für nötig halte. Nur durch eine Ergänzung, so Klaus, könne die Gültigkeit der Beneš-Dekrete gewährleistet werden. Fischer setzte diese Ergänzung auf dem EU-Sondergipfel durch. Das Verfassungsgericht urteilte, dass der Lissabon Vertrag nicht im Widerspruch zu der tschechischen Verfassung stehe. Klaus unterschrieb den Vertrag daraufhin am 3. November als letztes Staatsoberhaupt der EU 27. Somit wurde die Ratifizierung abgeschlossen und der Vertrag trat am 1. Dezember 2009 in Kraft. Davor wurden die im Vertrag verankerten EU – Spitzenämter besetzt. Der Belgier Herman Van Rompuy wurde zum Vorsitzenden des Europäischen Rates und die Britin Catherine Ashton zur Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik ernannt. Beide sind im europäischen Kontext weitgehend unbekannt. Es bleibt abzuwarten, wie sie sich auf den Posten bewähren.

2009 wurde europaweit der **20. Jahrestag der Wende von 1989** gefeiert. In diesem Zusammenhang wurde in den mitteleuropäischen Ländern an Ereignisse des Jahres 1989 – wie etwa die Beratungen des Runden Tisches in Polen oder die Samtene Revolution in der damaligen Tschechoslowakei – erinnert, die als Symbole für den Zusammenbruch des kommunistischen Systems in dem jeweiligen Land gelten. Vor diesem Hintergrund stand der umstrittene Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit im Mittelpunkt der auf der offiziellen Ebene stark länderbezogenen Debatten.

In **Polen** war der Jahrestag ein Anlass, die „**Politik des groben Striches**“ zu kritisieren, die den kommunistischen Machthaber ermöglichte, in der neuen politischen Realität wieder Fuß zu fassen. Die offiziellen Feierlichkeiten bildeten eine Schaubühne für die Auseinandersetzung zwischen den unterschiedlichen Post – Solidarnosc- Lagern. In Abhängigkeit der Zugehörigkeit zu einer der aktuellen politischen Optionen wurde der gemeinsame Sieg von damals unterschiedlich bewertet und getrennt gefeiert: Premierminister Donald Tusk war der Gastgeber von einer großen Jubiläumsfeier in Krakau, zu der sich 11 europäische hohe Staatsvertreter/innen versammelt haben. Parallel dazu feierte der Staatspräsident Lech Kaczyński den 20. Jahrestag auf einer Gala der Solidarność-Gewerkschaft in Gdańsk.

Der Jahrestag der Samtenen Revolution war auch in **Tschechien** und der **Slowakei** Anlass für eine kritische Auseinandersetzung mit den Transformationsprozessen der vergangenen 20 Jahre. Der Umgang mit kommunistischer Vergangenheit ist nach wie vor ein Thema, das für heftige Diskussionen und auch Schlagzeilen sorgt. Umstritten ist, wie mit den Dokumenten und Akten des kommunistischen Regime umgegangen werden soll. WissenschaftlerInnen des tschechischen Instituts für Zeitgeschichte betonen, dass eine Identitätsbildung, die auf vereinfachenden Dichotomien wie Täter-Opfer, Sie-Wir, totalitäre Vergangenheit-demokratische Gegenwart basiert, möglicherweise kurzfristig von politischem Nutzen sein kann, langfristig jedoch kontraproduktiv sei.

### **Östliche Nachbarschaft / ENP (Ukraine, Belarus, Russland)**

Vor dem Hintergrund der politischen Destabilisierung und der stagnierenden Prozesse der demokratischen Transformation jenseits der östlichen EU – Außengrenze soll die „**Östliche Partnerschaft**“ neue Impulse in den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und ihren östlichen Nachbarn setzen. Das Projekt geht auf eine Initiative Schwedens und Polens zurück, die im Mai 2008 vorgelegt wurde. Im Dezember 2008 beschloss die EU – Kommission einen Finanzrahmen für die Entwicklung der Initiative. Im Laufe des Jahres 2009 galt es, die Östliche Partnerschaft zu konkretisieren.

Analog zu der „Mittelmeerunion“ im Süden, soll das Projekt den Beziehungen mit den Nachbarn im Osten – finanziell und politisch - mehr Gewichtung verleihen. Erklärtes Ziel des Projektes ist es, ergänzend zu den ENP-Maßnahmen, die Demokratieentwicklung, politische Stabilisierung und wirtschaftliche Modernisierung in den östlichen EU - Nachbarländern mit zusätzlichen Mitteln und neuen Instrumenten zu fördern. Demokratie, wirtschaftliche Integration, Energie und gesellschaftliche Kontakte sind die **vier "thematischen Plattformen"**, die einen neuen Gestaltungsrahmen dafür bilden. Neben der bilateralen Kooperation mit der EU soll die Östliche Partnerschaft auch eine multilaterale Zusammenarbeit ermöglichen. Neben der **Ukraine**, Georgien, Moldau, Armenien und Aserbaidschan, erhielt auch **Belarus** die Chance an der ÖP zu partizipieren.

Die Östliche Partnerschaft wurde während der tschechischen EU – Ratspräsidentschaft auf dem **EU – Gipfel in Prag im Mai 2009** offiziell gegründet. Großbritanniens Premierminister

Brown, Frankreichs Präsident Sarkozy sowie die Regierungschefs Italiens und Spaniens fehlten in Prag. Damit wurde die Bedeutung des Anlasses für die Gesamt – EU relativiert. Die Bundeskanzlerin Merkel nahm an dem Gründungsgipfel teil und betonte damit den Stellenwert der Initiative für Deutschland.

Nichtsdestotrotz hat gerade Deutschland neben den Niederlanden, Belgien und Luxemburg die geplante **Abschlussklärung des Gipfels abgeschwächt**. Um den eventuellen künftigen Beitrittsambitionen der Partnerländer vorzubeugen, wurden sie im Abschlussdokument nicht - wie ursprünglich - als "europäische Länder" sondern "osteuropäische Partner" benannt. Auch die angestrebte Visa- Freiheit scheiterte am Widerstand einiger EU – Länder und wurde in der Abschlussklärung mit der Formulierung: „Schritte im Visa- Bereich“ seien „langfristig anzustreben“, abgeschwächt.

Während des Gipfels in Prag wurde der grobe Handlungsrahmen der ÖP nur um Einiges konkreter: künftig sollen sich die Staats- und Regierungschefs der Partnerschaftsländer alle zwei Jahre und die Außenminister jährlich treffen. Die EU erklärte sich auch bereit in den Partnerstaaten die Flaggschiff-Projekte – wie etwa Projekte zum Grenzschutz - zu finanzieren.

Parallel zu den Beratungen der Staats- und Regierungschefs aus den der EU – 27 sowie den sechs Partnerländer, haben zivilgesellschaftlichen Akteure/innen dieser Länder ein Alternativforum ("**Civil Society Forum**") organisiert, mit dem Ziel neue Impulse in das Projekt zu implementieren und - in diesem Zusammenhang - die Rolle der Zivilgesellschaft in seinem Rahmen zu definieren. Die **Beratungen des Forums** wurden **Anfang November** – unter Beteiligung der hochrangigen Vertreter/innen der EU – Institutionen - in Brüssel fortgesetzt.

Das Interesse der **Ukraine** an der Östlichen Partnerschaft war im Jahr 2009 gering. Kiew strebt eine tiefere Anbindung und – perspektivisch – den Beitritt in die Europäische Union an und war aufgrund der mangelnden Beitrittsperspektive im Rahmen der ÖP frustriert. Zugleich, ähnlich wie in den Vorjahren, drängte 2009 der Machtkampf der politischen Eliten die Durchführung von nötigen demokratischen Reformen in den Hintergrund. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahl (Anfang 2010) waren die EU und - in diesem Kontext - die ÖP kaum ein Thema auf der politischen Agenda in der Ukraine. Weder die Premierministerin Tymoschenko noch der Oppositionsführer Janukowytsch ließen 2009 eine klare Strategie im Bezug auf die Beziehungen der Ukraine mit der EU erkennen. Der amtierende Präsident Juschtschenko hat keine Chance die Wahl zu gewinnen. Zudem empfindet dieser das Fehlen der Beitrittsperspektive in der ÖP, sowie der ENP insgesamt als diplomatische Niederlage für sich selbst sein Land.

Die Isolationspolitik der EU gegenüber **Belarus** gilt als gescheitert. Sie hat die Demokratie-defizite nicht aufgehoben und vielmehr das Land politisch und wirtschaftlich an Russland eng gebunden. Im Oktober 2008 wechselte die EU ihre Strategie gegenüber Belarus von einer Isolationspolitik hin zu einem Dialogangebot an die Führung in Minsk. Im März 2009 hat die EU die Sanktionen für ein weiteres Jahr außer Kraft gesetzt und im Mai wurde Belarus – unter der Bedingung der Demokratisierungsfortschritte - in die ÖP aufgenommen. Die Öffnung der EU wurde von den belarussischen politischen Eliten 2009 vorwiegend für die Sicherung von wirtschaftlichen Vorteilen genutzt. Die Demokratisierungsfortschritte waren nicht befriedigend.

Ogleich die EU betont, dass sich das Projekt der Östlichen Partnerschaft nicht gegen Moskau richtet, war das Verhältnis **Russlands** zur Europäischen Union 2009 vorwiegend angespannt. Anfang des Jahres kritisierte der russische Außenminister Lawrow die Initiative - als Eingriff in die „eigene Einflusszone“, zu der Russland die ehemaligen Sowjetrepubliken zählt - unerwartet scharf und forderte er künftig eine entsprechende Abstimmung zwischen Moskau und Brüssel. Gegen Ende des Jahres 2009 signalisierte Russland - überraschenderweise und informell - eine generelle Bereitschaft, an den konkreten Projekten im Rahmen der ÖP teilzunehmen.

### **Geschlechterdemokratie**

Der Mangel an politischem Willen sowie unzulängliche Kompetenzen und Budgets der für die Umsetzung der Gleichstellungspolitik zuständigen Behörden bzw. Gremien, führten dazu, dass es im vergangenen Jahr in den mittelosteuropäischen Staaten zu keinen wesentlichen

Veränderungen im Bereich der institutionellen Mechanismen zugunsten der Geschlechtergleichstellung kam.

In **Polen** sind für die Gleichstellungspolitik nach wie vor zwei miteinander rivalisierende Zentren zuständig: das Amt der Regierungsbeauftragten für Gleichberechtigungsfragen in der Kanzlei des Premierministers und das Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik. Die Rivalität zwischen diesen Organen und das Fehlen eines einzigen, starken Zentrums mit deutlich definierten Kompetenzen und einem abgegrenzten Budget wirkten sich negativ auf eine effiziente Umsetzung der Gleichstellungspolitik aus. Insbesondere war Ministerin Elżbieta Radziszewska, Regierungsbeauftragte für Gleichberechtigungsfragen, von den ExpertInnenkreisen, Frauenorganisationen und Medien für fehlende Initiative, Visionen und Handlungsstrategie kritisiert. Obwohl die Regierung mehrmals entsprechende Handlungen versprach, wurde dennoch das Antidiskriminierungsgesetz, welches die letzten Gleichstellungsrichtlinien der EU einbeziehen sollte, nach wie vor nicht verabschiedet. Die Arbeiten am Gesetzesentwurf, den die letzte Regierung in 2005 vorbereitete, wurden unter anderem wegen der Rivalitäten zwischen den oben genannten Kompetenzzentren blockiert. Infolge der Tatsache, dass die polnische Regierung die Pflicht zur Umsetzung der Gleichstellungsrichtlinien nicht erfüllte, erhob die Europäische Kommission 2009 eine Klage gegen Polen vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg.

Aufgrund der Regierungsauflösung im März 2009 kam es in **Tschechien** zum Personalwechsel im Department für Geschlechtergleichstellung im Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik, was in den NGOs Hoffnung auf eine bessere Kommunikation und Zusammenarbeit weckte. Nach einer regen Debatte, kurz vor den Wahlen zum Europäischen Parlament, nahm das tschechische Parlament das Antidiskriminierungsgesetz an, gegen das 2008 Präsident Vaclav Klaus ein Veto eingelegt hatte. Eine Nichtannahme dieses Gesetzes hätte eine Anklage der tschechischen Regierung vor dem Europäischen Gerichtshof zur Folge haben können, wie das in Polen der Fall war. Die Frauenorganisationen haben die tschechische Ratspräsidentschaft kritisch bewertet, weil die Fragen der Gleichstellungspolitik in der Agenda kaum berücksichtigt wurden.

In der **Slowakei** werden Gleichstellungsfragen horizontal behandelt. Das bedeutet, dass Projekte gefördert werden, die zum Beispiel im Allgemeinen auf die Aktivierung auf dem Arbeitsmarkt abzielen und nicht solche, die an Frauen adressiert sind und die Verbesserung der Situation von Frauen zum Ziel haben. Anfang 2009 nahm die Regierung eine Strategie zur Geschlechtergleichstellung an. Ende des vergangenen Jahres wurde eine neue Regierungsagentur – das Institut für Geschlechtergleichstellung – einberufen, die für die Umsetzung der Gleichstellungspolitik zuständig ist. Die Arbeiten des Instituts sollen in der zweiten Hälfte 2010 beginnen. Derzeit ist es schwierig, den Charakter dieser Einrichtung zu bewerten, denn in der Verordnung wurden Kompetenzen, Ziele und Budgetmittel, welche eine effiziente Arbeitsweise dieser Einrichtung ermöglichen würden, nicht klar definiert. Beide Entscheidungen wurden ohne Absprachen mit entsprechenden ExpertInnenkreisen getroffen, was auf die Kritik seitens der slowakischen Frauenorganisation stieß.

In der **Ukraine** tragen weder die instabile politische Lage noch die ursprünglich für Herbst und später auf Januar 2010 verlegten Präsidentschaftswahlen zur Umsetzung der Gleichstellungspolitik bei. Hinzu kommt die Finanzkrise, die in der Ukraine schwere Folgen hatte und zu einer anderen Hierarchie der Prioritäten führte, infolge dessen Finanzmittel für die Rettung der wirtschaftlichen Situation zulasten der bisherigen Gleichstellungsprogramme umdisponiert wurden.

Aufgrund der **Europawahlen** stieg die Partizipation der Frauen im **Europaparlament** auf 35% an. Die konservative Vorsitzende des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter, Anna Záborská, wurde von Eva-Britt Svensson von der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken abgelöst. Vor diesem Hintergrund kann man erwarten, dass das neu gewählte Parlament die Gleichstellungspolitik aktiver als zuvor fördern wird. Da zum Vorsitzenden der Europäischen Kommission erneut der konservative Jose Manuel Barroso wurde, kann davon ausgegangen werden, dass die konservative Politik im Bereich der Gleichstellungspolitik fortgesetzt wird. Im Dezember 2009 wurde in Vilnius eine neue EU-Agentur für Gleichstellungspolitik – European Institute for Gender Equality (EIGE) – eröffnet. Ihre Hauptaufgaben sollen die Samm-

lung von Daten entlang dem Geschlechterkriterium, Erstellung von Berichten und Austausch von *best practices* unter verschiedenen AkteurInnen auf der EU-Ebene sein. Allerdings verfügt das EIGE weder über die Entscheidungskraft noch über die Kompetenz, neue politische Initiativen im Bereich der Gleichstellungspolitik zu formulieren.

In Polen, Tschechien und in der Slowakei war die Gleichstellungsproblematik kein Thema der Wahlkampagnen vor den **Wahlen ins Europäische Parlament**. Infolge der Europawahlen ist die Quote der Frauen unter den polnischen und tschechischen Abgeordneten nicht angestiegen und beträgt derzeit entsprechend 22,44% und 18,2%. Die ExpertInnen sind sich einig, dass sie niedrige Frauenpartizipation in der Politik in Polen und Tschechien dem Mangel an Instrumenten geschuldet ist, welche die Chancen der Frauen bei den Wahlen fördern würden. Ein verhältnismäßig hoher Prozentsatz der Frauen unter den slowakischen Abgeordneten (38%) ist die Folge des Präferenzsystems und bestätigt die Meinung der ExpertInnen, dass die Slowakinnen und Slowaken ihre Stimme für Frauen abgeben wollen. Selbst wenn diese hintere Plätze auf den Listen belegten, gaben die WählerInnen ihre Präferenzstimmen für Frauen ab.

In der öffentlichen Debatte in Polen und Tschechien wurde die Frage der politischen Partizipation der Frauen wichtig. In Tschechien schlug Ende 2009 der Minister für Arbeit und Sozialpolitik die Einführung einer 30%-Quote und des Reißverschlussystems vor, d.h. eine gesetzlich geregelte Platzierung der jeweils männlichen und weiblichen KandidatInnen auf den Wahllisten. Die Frauenorganisationen bewerten diesen Vorschlag positiv, denn sie betonen seit langem die Notwendigkeit zur Einführung von Instrumenten, welche die politische Repräsentation von Frauen begünstigen würden. In Polen war das Thema der paritätischen Besetzungen eine der am intensivsten diskutierten Fragen. Der Kongress der Polnischen Frauen, der im Juni 2009 tagte, bereitete einen Gesetzesentwurf als Bürgerinitiative zum Paritätsprinzip vor, der von über 150 000 Unterschriften unterstützt und im Dezember 2009 im polnischen Parlament, dem Sejm, vorgelegt wurde. Der Gesetzesentwurf rief eine rege Debatte in den Medien hervor und löste gleichzeitig eine enorme BürgerInnenbewegung zugunsten des Gesetzes aus.

In der medialen Debatte und bei den offiziellen **Feierlichkeiten anlässlich des 20. Jahrestags der Wende** in allen Ländern der Region fehlte die Stimme der Frauen. Die Rolle der Frauen im Transformationsprozess und seine Folgen aus der Gleichstellungsperspektive wurden übergangen. In Polen war das der direkte Grund zur Aktivisierung der Frauenorganisationen. Am Jahrestag der halbfreien Wahlen in Polen fand – als Alternative zu offiziellen Feierlichkeiten anlässlich des Jahrestages von 1989 – **der Kongress der Polnischen Frauen** statt, der über 5 000 Frauen aus verschiedenen sozialen Kreisen und politischen Richtungen sammelte. Am Kongress beteiligte sich u.a. die Frau des Präsidenten, Maria Kaczyńska, die Frau des ehemaligen Präsidenten, Jolanta Kwaśniewska, Abgeordnete ins Europaparlament, Danuta Hübner, Vorsitzende der Arbeitgeberkonföderation, Henryka Bochniarz sowie andere, für den Gleichstellungsdiskurs bedeutsame Autoritäten wie Prof. Maria Janion und Prof. Magdalena Środa. Dies war der Beweis dafür, dass im Falle von Frauen die Zusammenarbeit über die politischen Unterschiede hinweg möglich ist. Der Kongress trug auch zur Konsolidierung der Organisationen bei, die sich direkt für die Verbesserung der Lage der Frauen einsetzen, und stärkte ihre Rolle in der öffentlichen Debatte.

### **Energiepolitik und Klimaschutz**

Im Jahr 2009 wurde in **Tschechien** die energiepolitische Ausrichtung des Landes intensiv diskutiert. Die tschechische Regierung vermittelte während der **tschechischen EU-Ratspräsidentschaft** im Gasstreit zwischen der Ukraine und Russland und kommunizierte innerhalb der EU die Interessen der mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten, die von dem russischen Lieferstopp besonders betroffen waren. Das tschechische Umweltministerium leitete im Namen der EU die Zwischenverhandlungen vor der Weltklimakonferenz in Kopenhagen. Das Umweltministerium (alle drei Minister dieser Legislaturperiode wurden von den Grünen gestellt bzw. vorgeschlagen) implementierte in 2009 das Programm „**Grünes Licht für Einsparungen**“, das Subventionen für Einsparungsmaßnahmen privater Haushalte ermöglicht. Die Mittel für dieses Programm stammen aus dem Gewinn, der durch den Verkauf tschechischer Emissionszertifikate erzielt wurde. Im Kontrast zu diesem Programm

legte das tschechische Wirtschaftsministerium den **Entwurf einer neuen Energiekonzeption** vor. Der Entwurf wurde von Umwelt-NGOs, die auch Partnerorganisationen der hbs sind, scharf kritisiert, weil er die Emissionsreduktionsziele und -potenziale unzureichend berücksichtigt. Außerdem rechnet diese Konzeption mit der Erweiterung des Braunkohleabbaus in Nordböhmen (und somit mit einer Aufhebung der ökologischen Limits für den Kohleabbau) und dem Ausbau von Atomenergie. Sie schöpft nicht die vorhandenen Energieeinsparungspotenziale aus. Die Umweltorganisation Hnutí DUHA kritisierte die Übergangsregierung dafür, dass sie sich kaum mit zukunftsweisenden modernen Energiekonzeptionen auseinandersetze. Die vorgelegte Energiekonzeption kann nur implementiert werden, wenn sie durch die neue Regierung nach den Wahlen im Mai 2010 verabschiedet wird. Im Mittelpunkt der energiepolitischen Debatte in Tschechien stand außerdem die **Förderung erneuerbarer Energien** (v.a. Photovoltaik). Die deutliche Verbilligung der Photovoltaiktechnologie hat zu einem Investitionsboom geführt, wobei die relativ hohen Subventionsraten des „**feed-in tariff**“ nicht gesenkt wurden. Eine entsprechende Novelle, die die Senkung um mehr als 5% jährlich ermöglichen würde, wurde angesichts der komplizierten innenpolitischen Lage noch nicht verabschiedet. Die hohen Subventionsraten führen dazu, dass der Energiegigant ČEZ und auch ausländische Investoren massiv in Solarenergie investieren. Vor diesem Hintergrund wurde auch eine Debatte über die Kapazitäten des **Hochspannungsnetzes** geführt, wobei der staatliche Hochspannungsnetzbetreiber ČEPS vor einer möglichen Überlastung des Netzes warnt. In diesem Kontext muss man erwähnen, dass ČEPS es bisher versäumte, in die von ExpertInnen geforderte Modernisierung des Hochspannungsnetzes zu investieren. Das Umweltministerium hat eine aktualisierte **Emissionsreduktionsstrategie** veröffentlicht, in der ein Reduktionsziel von 80-95% bis 2050 als realistisch eingeschätzt wird. KritikerInnen des Dokuments warnen, dass die Implementierung dieser Strategie zu erhöhten Energiepreisen führen und die Wettbewerbsfähigkeit der tschechischen Wirtschaft schwächen werde.

Im Februar 2009 wurde vom polnischen Wirtschaftsministerium die Konzeption „**Polnische Energiepolitik bis 2030**“ vorgelegt, die im November 2009 von der Regierung verabschiedet wurde und 2010 im polnischen Parlament diskutiert werden wird. Grundpfeiler der zukünftigen Energieversorgung sind nach dieser Strategie: Energieeffizienzsteigerungen, Versorgungssicherheit und Importunabhängigkeit durch Kohle, Förderung erneuerbarer Energien (bis 2020 15% des Endenergieverbrauchs), Einstieg in die Atomenergie. CCS und Atomenergie gelten als Instrumente zur Emissionsreduzierung und Steigerung der Versorgungssicherheit. ExpertInnen und NGOs kritisieren, dass keine differenzierte öffentliche Debatte über die Konsequenzen geführt wird, die mit einem Einstieg in die Atomenergie verbunden sind. Kurz vor der COP15 trat der polnische **Umweltminister Maciej Nowicki** zurück. Offiziell gab er als Gründe für seinen Rücktritt an, dass er die Aufgaben, die ihm vor 2 Jahren von Premierminister Donald Tusk gestellt wurden, erfüllt habe. In den Medien wurde über Konflikte zwischen dem Umweltminister und dem Premierminister spekuliert.

In der **Slowakei** wird die energiepolitische Diskussion durch die Themen **Atomkraft, Kohleabbau sowie die Sicherstellung von Energieimporten durch bilaterale Abkommen mit Russland** und der Stärkung der Rolle der Slowakei als **Energietransitland** bestimmt. Zurzeit ist der Bau von zwei neuen **Kohlekraftwerken** geplant. Nach Einschätzung von Umweltorganisationen könnte die Inbetriebnahme dieser Kraftwerke die Emissionen der Slowakei um 14 bis 15% erhöhen. Die Regierung plant außerdem den Bau von zwei neuen Reaktoren in Mochovce, die 2012 ans Netz gehen sollen. NGOs (u.a. auch der Projektpartner der hbs) kritisieren den Ausbau und kündigten an, alle rechtlichen Schritte zu nutzen, um diesen zu verhindern. Zudem hatte der **Skandal in Bezug auf den Verkauf slowakischer Emissionszertifikate** an eine „Briefkastenfirma“ für 5 Euro/Tonne Konsequenzen: Der Umweltminister (SNS) musste zurücktreten. Die Umstände dieser Transaktion weisen deutlich auf Korruption hin. Die niedrigen Erträge dieses Geschäfts werden auch nicht ausreichend für Investitionen des Staates in Energieeinsparungsmaßnahmen von Haushalten oder andere Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz genutzt. Wichtig war die Verabschiedung des **neuen EEG** Gesetzes im Juni 2009. NGOs kritisieren jedoch, dass die Bestimmungen des Gesetzes einerseits erneuerbaren Energien durch die Einführung von feed-in-tarifs fördern, andererseits eine optimale Entwicklung durch andere Bestimmungen nicht ermöglichen

(z. B. Limitierung der Einspeisung von Solarstrom in das Hochspannungsnetz auf nur 120MW jährlich bis 2012).

Die energiepolitische Debatte in der **Ukraine** bestimmt weiterhin die Frage, wie die Energieversorgung sichergestellt werden kann. Obwohl der **Gasstreit** zwischen der Ukraine und Russland gegen Ende des Jahres 2009 durch die Kreditvergabe von dem IMF und der EU an die Ukraine entschärft wurde, ist er noch immer nicht auszuschließen. Die reduzierten Gaslieferungen im Januar 2009 wirkten sich deutlich auf die Europäische Union aus, da die Ukraine weniger Gas in die EU lieferte. Aufgrund der instabilen Machtverhältnisse und der daraus resultierenden Handlungsunfähigkeit der Regierung kam es zu keinen maßgeblichen Veränderungen in der energiepolitischen Ausrichtung des Landes. Die nationale **Energiestrategie** setzt weiterhin einen Schwerpunkt auf den **Ausbau von Atomenergie**. In Bezug auf die Potenziale von Einsparungen und Energieeffizienz hat die Regierung bisher keine entsprechenden Maßnahmen in die Wege geleitet.